

Rede am Offenen Forum 2012

Perspektiven kommunaler Familienpolitik

Anrede

die im vergangenen Jahr stattgefundenen Feiern zum 10-jährigen Bestehen des BFF in Nürnberg haben es in vielfältiger Weise deutlich gemacht: Hier nahm bekanntermaßen eine Erfolgsgeschichte ihren Anfang und Rückblick auf Geleistetes kann mit einem gewissen Stolz erfolgen! Nicht nur die Tatsache, dass diese Bündnisidee ein Exportschlager war und bundesweit heute über 600 lokale Bündnisse für Familie zu Gange sind und sondern vor allem dass in Nürnberg viel Konkretes, aber auch an Bewusstseinswandel entstanden ist. Ein solches Jubiläum ist auch immer ein Moment des Innehaltens, einer kritischen Reflexion, um zukünftige Aufgaben zu überdenken und sich (strategisch) neu zu positionieren in einer Gesellschaft, die seit Gründung der Bündnisbewegung immer älter, kleiner und bunter wird und vor gewaltigen Anpassungsleistungen steht (Zitat SZ vom 4.1.zum Thema Rente mit 67)). Auch das Thema der heutigen Tagung ist ein Ergebnis dieses Nachdenkens!

Das Nürnberger Bündnis für Familie setzte und setzt vielfältige Impulse in der Familienpolitik dieser Kommune, um die Bedingungen des Aufwachsens, des Lebens und Arbeitens und des Älterwerdens auf dem Fundament einer solidarischen Stadtgesellschaft zu gestalten.

Seit dem das BFF in Nürnberg aus der Taufe gehoben wurde, sind die einmal jährlich stattfindenden „Offenen Foren“ sozusagen gute Paten (Wegbegleiter) seiner Entwicklung, als Orte der Begegnung von Wissenschaft und Praxis. Sie sind ein jährlich stattfindender Fachkongress, der zentrale familienpolitische Fragen diskutiert: Von der „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ bis zur kulturellen Bildung, von der „Familie im Stadtteil“ bis zu Fragen der Partizipation im Thema „Familie und Zivilgesellschaft“ u.v.a.

Wir freuen uns sehr, Sie als Teilnehmerinnen und Teilnehmer, als Referentinnen und Referenten in der bewährten Tradition des Offenen Forums begrüßen zu können und hoffen, dass sie etwas mitnehmen, aus Forschungsfacetten referierenden Vorträgen, aus anregenden Diskussionsrunden in den diversen Foren. Das Vorbereitungsteam aus J und BFF unter Federführung von Frau Reinecke bietet ihnen ein inhaltlich spannendes und ausgewogenes Spektrum. Dafür ein herzliches Dankeschön!

Erfahren Sie viele Impulse, die ihre Arbeit bereichern durch Reflexion des eigenen Standpunkts im Lichte neuer Erkenntnisse aus Forschung und Alltagspraxis.

Familienbericht der Bundesregierung

Aktueller Bezugspunkt des diesjährigen Forums mit dem Titel: „Entgrenzte Familie-entgrenzte Arbeit – Herausforderungen für Politik, Arbeitswelt und Familienbildung“ ist der achte Familienbericht der Bundesregierung. Im Oktober 2011 hat die Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Gregor Thüsing den fertigen Bericht an Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder übergeben. Sein Titel: „Zeit für Familie“ ist damit mit unserer Themenstellung eng verzahnt.

Ansatz und ausgewählte Ergebnisse werden uns morgen, sozusagen aus erster Hand, von Prof. Dr. Norbert Schneider in seiner Eigenschaft als Mitglied dieser Sachverständigenkommission referiert. Ohne seinem Referat vorzugreifen, lässt sich konstatieren:

Der Titel: „Zeit für Familie“ und der Auftrag, „Zeitbedarfe von Familien zu untersuchen und Gestaltungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Familienzeitpolitik darzulegen“, berührt unmittelbar den Inhalt dieser Tagung. Die gesellschaftlichen Zeitstrukturen, in denen Familien eingebettet sind, sind der thematische Schwerpunkt dieser heute beginnenden Tagung, die Grenzen der Vereinbarkeit von Familienleben und Arbeitsstrukturen - oder besser gesagt - deren jeweils zunehmend amorph werdende Grenzen der Kern des Problems, um den alle Referate kreisen werden.

Entgrenzungsprozesse zwischen Arbeit, Familie und Freizeit

Lassen Sie mich kurz auf den Titel der Tagung eingehen: Er wirkt ja nun sprachlich etwas sperrig, auch nicht unbedingt dem Wortschatz der Alltagssprache oder dem Sozialer Arbeit verhaftet, doch weckte er offensichtlich ihr zahlreiches Interesse. Ein Grund mag in unserer aller Erfahrung liegen, dass wir als Eltern, Mütter, Väter, Großeltern aber auch als Kinder und junger Menschen doch einiges an Selbstverständlichkeit im Umgang mit „Familie“, unserer eigenen und der der anderen, verloren haben. Die Metapher der Entgrenzung drückt das wunderbar aus und weckt in uns die Assoziation fließender Grenzen zwischen Sphären, die doch eigentlich säuberlich geschieden sein sollten, zumindest bei nichtselbstständig arbeitenden Menschen einer arbeitsteiligen Gesellschaft.

Doch dem ist (schon lange) nicht mehr so: Arbeitsverhältnisse verlangen zunehmend Flexibilität hinsichtlich Zeit und Ort, die Familie dagegen Verlässlichkeit und feste Strukturen, um hier nur einen ganz alltäglichen Widerspruch zu beschreiben. Zur Multilokalität als neue Anforderung für Familien werden wir heute noch Frau Dr. Schier vom DJI München ausführlicher hören, zu den Kernthemen von Familienzeitpolitik Prof. Schneider Wiesbaden am morgigen Tag bei der Vorstellung des 8. Familienberichts: „Die Flexibilisierung und Individualisierung, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Verdichtung von Arbeit und die zeitliche und räumliche Entgrenzung zwischen, Arbeit, Familie und Freizeit stellen familienpolitische Herausforderungen dar.“ – wie es dort heißt (zitiert nach BMFSFJ: Zeit für Familie, S.9)

Das Grenzmanagement als neue Herausforderung oder Doing Boundary, wie das im Englischen heißt, soll hier als Balanceakt zwischen den Sphären von Arbeitswelt und Familienleben erfahrbar gemacht werden. Der Begriff der Entgrenzung stammt aus der Veröffentlichung von Karin Jurczyk, Michaela Schier, - die wir – wie bereits gesagt, hier als Referentin gleich im Anschluss begrüßen dürfen -, Peggy Szymenderski, Andreas Lange und G.Günter Voß aus dem Jahre 2009: „Entgrenzte Arbeit-entgrenzte Familie, Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung“ (im Auftrag der Hans Böckler Stiftung, konzeptionell begleitet durch das DJI)) Das Buch stellt ein sozialwissenschaftliches Forschungsprojekt dar, das es sich erklärtermaßen zum Ziel machte, den Blick dafür zu öffnen, dass die privaten Lebensverhältnisse der Familien eben nicht nur deren Privatsache sind, sondern in einem tiefgreifenden Wechselverhältnis zu den Verhältnissen in Beruf und Betrieben stehen (aus dem Vorwort der erwähnten Publikation). Alleine mit dieser Feststellung, die mit wachem Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit und das Alltagsleben nur bestätigt werden kann, stoßen wir wahrscheinlich schon auf ideologisch motivierte Akzeptanzprobleme, weil trotz aller Rhetorik über Familie, im Kern in Deutschland nach wie vor ein Familienbild in den rechtlichen Normierungen und der gesellschaftlichen Alltagsorganisation dominant ist, dass eben nicht von einer „Doppelverdienerfamilie“ als Leitbild ausgeht, sondern einer Familie wo ein Elternteil, in der gesellschaftlichen Realität in

der Regel die Frau beruflich zurückstecken muss, um das gedeihliche Aufwachsen der Kinder zu ermöglichen. Darauf werde ich später nochmal kommen.

Sprich: Wie es den Familien geht, ist ein wichtiges und gleichermaßen konkretes Thema für Tarifvertragsparteien, Gewerkschaften und Arbeitgeber, Unternehmen, Personalvertretungen etc. und ebenso für Gesetzgeber und kommunale Selbstverwaltungen. Den Wissenschaftlern ging es bei der erwähnten Publikation auch um eine Wahrnehmungsveränderung: die Familie nicht länger als Opfer der Entwicklungen zu sehen, sondern als Akteur, als Gestalter der Prozesse und dazu bedarf es der entsprechenden Bewusstseinsprozesse und der Gelegenheitsstrukturen.

Täglich stehen die Familien in ihrer Alltagsbewältigung vor der Herausforderung des Grenzmanagements! Auch davon wird in den Referaten und Foren an diesen beiden Tagen zu reden sein!

Frauen – Arbeitsmarkt - Familienpolitik

Und noch ein Aspekt, zu dem wir im folgenden Referat Frau Prof. Hennig von der Johannes Gutenberg Universität Mainz hören werden:

Die Erwerbstätigkeit der Frauen steigt seit vielen Jahren an, 2009 lag sie bei 66 %, jedoch ist die scheinbar hohe Erwerbsquote von Frauen überwiegend auf die Ausweitung von Teilzeitarbeit und Minijobs zurückzuführen. Deutschland (51%) liegt in der EU (50 %) nur knapp über den Durchschnitt der Erwerbstätigenquote in Vollzeitäquivalenten (Gleichstellungsbericht im Focus, des BMFSFJ, 2011).

Noch eine Zahl: In NRW waren im Jahr 2005 nur 45 % der abhängig Beschäftigten in der Lebensmitte in Vollzeitjobs zu finden. Im Jahre 1995 waren es noch 56 %! Dieser Befund ist aber nicht nur aus familienpolitischer Perspektive erschreckend, sondern ist auch bezeichnend für eine an vielen Stellen fehlgeleitete Arbeitsmarktpolitik!

Der aktuelle Gleichstellungsbericht der Bundesregierung dokumentiert noch andere Merkwürdigkeiten: Die Arbeitszeitlücke der Frauen ist zu Beginn des Erwerbslebens noch klein, sie steigt im typischen Alter der Familiengründung deutlich an und nimmt in den Altersgruppen über 45 Jahre nur geringfügig zu! Weibliche Arbeitszeit- Lücke und männlicher Arbeitszeitüberhang korrespondieren – anders ausgedrückt: Je mehr Kinder ein Mann hat, desto längere Arbeitszeiten hat er, bei Frauen bedeuten mehr Kinder weniger Arbeit! Oder, wie die amerikanische Forscherin Arlie Hochschild (2006) griffig in ihrem Buch titelte „wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet...“

Und noch ein paar Fakten (nach Prof. Allmendinger/Präs. Wissenschaftszentrum für Sozialforschung/Berlin: Essay „Geschlecht als wichtige Kategorie der Sozialstrukturanalyse“) Die Erwerbsquote von Frauen liegt in Deutschland 2011 10 Prozentpunkte unter der der Männer. Am Ende des Monats erhalten sie gerade mal 60 % dessen, was Männer verdienen. Da unser Rentensystem maßgeblich auf eigene Erwerbstätigkeit setzt, verwundert es nicht, dass Frauen nur 57 % der Versicherungsleistungen von Männern beziehen.

Jutta Allmendinger sieht in diesen sozialstrukturellen Unterschieden eine massive Ungerechtigkeit gegenüber Frauen. Ihr hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau können sie auf dem Arbeitsmarkt nicht durchsetzen! Zumindest dann nicht, wenn sie nicht auf Kinder und Familie verzichten wollen. Frauen wollen die gesamte Familien- und Erwerbsarbeit zwischen sich und ihrem Partner neu verteilen. Sie wollen nicht länger nur Zuarbeiterinnen und Zuverdienerinnen sein. Daraus folgt konsequent die Kündigung des Geschlechtervertrags und da dieser bisher gesamtgesellschaftlich nicht umgesetzt ist, bleibt

nur die individuelle Lösung: Verzicht auf Kinder und Familie. Ein Desaster für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

Weiter gedacht: Bereits 1980 hat Beck-Gernsheim darauf hingewiesen, dass hinter jeder vollzeitberufstätigen Person (gedacht meist als Mann) notwendig eine hausarbeitende Person (gedacht meist als Frau) (Beck-Gernsheim, 1980) stehen muss. Unter den aktuellen Bedingungen der Entgrenzung von Erwerbsarbeit wird dieses geschlechtsspezifische Muster zunehmend obsolet, welche Ausprägungen Geschlechterrollen vor welchen soziokulturellen und vor allem sozioökonomischen Hintergründen nehmen können, ist auch ein spannendes Thema dieser Tagung, denn auch die Unterschiedlichkeit familialer Strukturen soll unter die Lupe genommen werden.

Allein die wenigen Notizen machen deutlich, dass es eines radikalen Wandels des familienpolitischen Leitbildes bedarf. Frauke Brosius-Gersdorf hat in ihrer rechtswissenschaftlichen Habilitationsschrift „Demografischer Wandel und Familienförderung“ – ich beziehe mich auf die Rezension in der FAZ (10.11.2011, S. 36) – zurecht gefordert, dass das bestehende System der Familienförderung abgeschafft und stattdessen eine Orientierung an einer gleichstellungsorientierten Förderung der Doppelverdienerfamilie erfolgen sollte, nur damit sei eine „Versöhnung“ von Beruf und Familie möglich. Das bedeutet, dass die – laut „Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen“ des BMFSFJ erhobenen 145 die Ehe und Familie betreffenden familien-, sozial- und steuerrechtlichen Leistungen einer dringenden Revision unterzogen werden müssen. So stellt beispielsweise auch Gregor Thüsing – ebenfalls in der FAZ (08.12.2011, S.7) - fest, „das Arbeitsrecht ist seiner Struktur nach blind für die Familie“ und kritisiert im gleichen Beitrag auch die steuerrechtlichen Regelungen.

Wie wachsen die Kinder auf? Wie gelingt Familie?

Bei all diesen Überlegungen darf aber nicht die Perspektive der Kinder vergessen werden. Es stellen sich eine Reihe von Fragen: Wie wachsen Kinder auf, wie kann Familie gelingen unter den genannten Bedingungen zunehmender Beschleunigung, Mobilität, Flexibilität und Diversifizierung? Prof. Dr. Meyer-Gräwe von der Justus-Liebig-Universität Gießen wird unseren Blick am morgigen Tag auf den Alltag der Kinder richten und auf das Erfordernis einer Gesellschaft in ihren Betrieben und Institutionen familiengerechte Angebote von Bildung, Betreuung und Erziehung zu entwickeln und – wo nötig zur Unterstützung und Hilfe. Das dürfen keine personell unterausgestatteten, nicht an den Bedürfnissen der Kinder ausgerichtete Bewahranstalten oder „Erschwerniskindergärten“ sein, wie Frau Meyer – Gräwe diese Settings in einem Interview mit Prof. Maywald nannte.

Demografische Entwicklung

Werfen wir einen Blick auf die andere Seite des Lebens. Wir in Nürnberg leben in der glücklichen Lage keine schrumpfende Stadt zu sein, die Geburtenrate ist seit vielen Jahren konstant und durch Zuzug wachsen wir sogar etwas; aber wir haben eine alternde Stadtgesellschaft. Damit Deutschland nicht alt aussieht, obwohl es älter wird, wie inzwischen jedem bewusst ist, sind die deutschen Kommunen besonders herausgefordert. Auch Nürnberg gehört prognostiziert zu **den** deutschen Städten, mit einem besonders hohen Anteil (> 11 %, 2030) von Hochbetagten, also Menschen über 80 Jahren (Quelle: Bertelmann Stiftung, Wegweiser Kommune, Magazin 4/2011, S. 66,67)

Die Alterung der Gesellschaft ist per se kein Horrorszenario, aber eines mit denen sich Kommunen vorausschauend zu befassen haben. Daher haben wir auch H. Prof Lutz Bellmann, Forschungsbereichsleiter im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg zu einem Forum mit eingeladen, das sich neuen Arbeitszeitmodellen angesichts

des demografischen Wandels widmen wird. Ein weiteres wird sich mit der Förderung hochqualifizierter Frauen befassen.

Neues Thema: Sozialpolitik in der Stadtgesellschaft

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich weiß nicht wie es ihnen geht, ich finde es immer grenzwertig, wenn bei Grußworten, Tagungseröffnungen und Einleitungsreferate die politisch Verantwortlichen darstellen, was sie alles leisten und wie toll sie sind. Aber bei dem Thema ist es schon nötig, zumindest stichpunktartig der Frage nachzuspüren, was bedeutet all das nun im Kontext kommunaler Familienpolitik? Was folgt daraus an spezifisch kommunalen Handlungsstrategien.

Im bereits erwähnten Beitrag in der FAS schreibt Gregor Thüsing nachdem er auf die Rolle der Tarifvertragsparteien und des Gesetzgebers eingegangen ist: „In der Pflicht sind aber auch die Kommunen, denn sie sind der vielleicht wichtigste staatliche Akteur: Sie stellen die Infrastruktur für familiäre Erziehung zur Verfügung.“ Ich teile diese Auffassung. Aber um diese Aufgabe zu stemmen, müssen die Kommunen besser mit Ressourcen und Kompetenzen ausgestattet werden und es muss endlich kapiert werden, dass

- auch als Reaktion auf den demografischen Wandel – Infrastrukturgeschaffen und mit Qualität ausgestattet werden muss, um die Familien zu entlasten, Vereinbarkeit von Berufstätigkeit, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen zu ermöglichen, anstatt immer mehr Geldleistungen an Familien zu transferieren, und das auch noch in höchst ungerechter Art und Weise.

Wir die Stadt Nürnberg hat seit dem Jahre 2002 über 4.300 Plätze in Kindertageseinrichtungen neu geschaffen. Ausbauziel bis 2013: 25.000 Plätze und das werden wir im Wesentlichen schaffen. Diese neuen Kitas entstehen in vielen Stadtteilen Nürnbergs, so dass Nürnberger „Eltern bald aufatmen dürfen“ wie der Stadtanzeiger der Nürnberger Nachrichten vor kurzem titelte(Bericht im Nürnberger Stadtanzeiger vom 4.1.2012)

Wir wissen, es bringt nichts von Eltern individuell beispielsweise ein besseres Zeitmanagement zu verlangen: wir als verantwortlich Handelnde in der Stadtgesellschaft müssen die Mütter und Väter in ihren Erziehungsaufgaben unterstützen, ihnen in ihrem Berufs- und Wohnumfeld hervorragende Bildungs- und Betreuungsangebote für ihre Sprösslinge machen, damit Familie alltäglich genussvoll gelebt und nicht nur irgendwie bewältigt werden kann. Quantität, aber vor allem Qualität dieser Infrastruktur: flexible Öffnungszeiten Eingehen auf die Wünsche, Bezahlbarkeit (auf den Blödsinn des Betreuungsgeldes will ich hier nicht eingehen) am Wohn- oder Berufsort gelegen, qualitative Weiterentwicklung in Richtung integrierter Familienarbeit, (Familienzentren, Familienstützpunkte) Erziehungspartnerschaft mit den Eltern, fachliche Beratung der freien Träger....etc – es gibt wahnsinnig viel zu tun, aber wir packen es step for step an.

Insgesamt geht es familienpolitisch um einen Dreiklang von Zeit, Geld und Infrastruktur, vielleicht auch noch um einen vierten Aspekt, das Klima, also wie sich Familien mit Kindern in der Stadt wohl fühlen können und wie sie auch im Alltag wertgeschätzt werden. Unser Ziel ist das einer Kinder- und Familienstadt- Nürnberg: eine Stadtgesellschaft zum Wohlfühlen für alle Generationen. Und deshalb geht es auch darum, durch eine moderne Seniorenpolitik Menschen mit entsprechender Teilhabe und Unterstützungsangeboten ein möglichst langes Leben in ihren vier Wänden, in vertrauter Umgebung in ihrem Stadtteil zu ermöglichen, das Begegnungen zwischen den Generationen eröffnet. Und wenn das nicht mehr möglich ist, eine gute und leistungsfähige Pflegeinfrastruktur anzubieten. Familienpolitik ist also Generationenpolitik. Sie ist als eine der Säulen kommunaler Sozialpolitik im Sinne einer

Good-Governance Strategie (Offenheit, Kohärenz, Partizipation und Verantwortlichkeit) konzipiert.

Wenn wir die Forderung ernst nehmen, dass wir die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft, die Geschlechterungleichheit, die Rahmenbedingungen des Aufwachsens und die soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit nicht als gegeben hinnehmen und Akteure und Mitorganisatoren des sozialen Zusammenlebens sein wollen, dann müssen wir auch Stück für Stück die Voraussetzungen dafür schaffen. Ein kleines Beispiel: Behörden – auch die Stadt Nürnberg – brüstet sich mit Modellen zur Teilzeitarbeit und Flexibilisierung der Arbeit und bezeichnet dies als „familienpolitische“ Leistung. Jenseits der Geschlechterfrage an diesem Punkt, stellt sich aber vor allem die Frage, haben wir auch die Arbeitsorganisation so angepasst und organisiert, dass die Zeitsouveränität zwischen Arbeit und Familie tatsächlich lebbar ist? Wer in verantwortlicher Position ist weiß, dass diese Rücksichtnahmen im Arbeitsalltag oft schwierig umsetzbar sind und auf wenig Akzeptanz stoßen und umgekehrt, wie belastend es ist, wenn man verantwortlich mit Familie und den Kindern umgehen will und seine Arbeit gut erledigen will, wie zerrissen man oft dabei ist.

Bloße moralinsaure Appelle an Familien zu bittschön gelungenem Zeit- und Gesundheitsmanagement und Stressabbau vertuschen die wahren strukturellen Problemlagen im Familienalltag und verschärfen psychologisch gesehen die Situation der „Betroffenen“, die sich ja immer ungenügend - gemessen an den Maßstäben glücklichen Familienlebens - fühlen müssen: das macht mit Sicherheit keinen Bock auf Familie!

Deshalb auch diese Tagung!

Ich habe versucht entlang der Tagung einige familienpolitische Überlegungen, einige Perspektiven anzusprechen. Familienpolitik muss nicht nur in einem vernünftigen Einklang von Geld, Zeit und Infrastruktur stehen. Diesen harmonischen Dreiklang haben wir in Deutschland noch lange nicht. Noch immer haben wir eine Dissonanz aufgrund der Dominanz der monetären Leistungen. Auch wenn wir in Deutschland was die familienpolitischen Leistungen anbelangt, mit an der Spitze stehen, müssen wir sie sozial- und bildungspolitisch anders gestalten: Mehr Geld in Infrastruktur, weniger in den direkte Geldleistungen. Um diesen Dreiklang gut klingen zu lassen brauchen wir auf kommunaler Ebene mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Vor Ort leben die Menschen und im Rathaus tragen sie ihre Nöte und Sorgen vor – Nöte und Sorgen, die vielfach die Folgen verfehlter Politiken anderer Politikebenen sind. Vor zehn, 15 Jahren hat kaum jemand von kommunaler Familienpolitik gesprochen. Mit den lokalen Bündnissen und der gesellschaftlichen Debatte über Familien hat sich viel vor Ort verbessert. Es kommt jetzt darauf an, dass die kommunale Ebene nun auch von den anderen Politikebenen deren Bringschuld einfordert. Wir brauchen einen radikalen Wandel des Familienleitbildes: Das sich – wie schon erwähnt – an einer Familie orientieren muss, wo beide Eltern, Mann und Frau Verantwortung für die Kinder übernehmen und erfolgreich und engagiert ihren Beruf nachgehen können. Dieses Leitbild muss durch gesellschaftliche Alltagsorganisation und rechtliche Rahmenbedingungen gefördert werden.

Sicher haben sie Verständnis dafür, dass ich Ihnen im Rahmen meiner Einführung nur einige Facetten unseres Programms vorstellen konnte. Aus Zeitgründen kann ich auch nicht alle hochkarätigen Referentinnen und Referenten dieser beider Tage erwähnen, auch wenn jeder/jede einzelne es verdiente. Mir ging es darum, deutlich zu machen, warum diese Tagung und wie konkret sie letztlich trotz dieses etwas sperrigen Titels ist. Ich hoffe, ihre Neugierde auf die Themen dieses Offenen Forums noch mehr geweckt zu haben und danke Ihnen herzlich im Namen des Nürnberger Bündnisses für Familie, des Modellprojekts Familienstützpunkte beim Stab Familienbildung des Jugendamtes und der Stadt Nürnberg für ihr Interesse und Ihr zahlreiches Erscheinen.

Danken möchte ich allen die diese Tagung geplant und vorbereitet haben, die als Referenten und Moderatoren vor und für Technik und Organisation zuständig, hinter den Kulissen diese Tagung mitwirken. Ihnen, uns allen wünsche ich einen möglichst großen Erkenntnisgewinn und viele Impulse für die weitere Arbeit, gute Gespräche, kollegialen Austausch und auch ein bisschen Spaß, zumindest am Rande der Veranstaltung.

Und den Nicht-Nürnbergern wünsche auch einen schönen Aufenthalt in Nürnberg. Nürnberg hat noch mehr zu bieten als eine gute kommunale Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik. Also machen Sie sich auf Entdeckungstour.

Vielen Dank!